

Juden in Leipzig und Sachsen

Modulare
Unterrichtsangebote

Modul **Erinnerung an die
nationalsozialistische
Judenverfolgung
und den Holocaust
in der DDR**



Modul

ERINNERUNG AN DIE NATIONALSOZIALISTISCHE JUDENVERFOLGUNG UND DEN HOLOCAUST IN DER DDR

Inhalt

Teil 1 Erinnerung an die nationalsozialistische Judenverfolgung und den Holocaust in der DDR

Darstellungstext und Quellen ... 3

Aufgaben ... 7

Arbeitsblatt ... 8

Vorschlag zur Stundengestaltung ... 9

Erwartungshorizonte zu den Aufgaben ... 10

Erwartungshorizonte zum Arbeitsblatt ... 12

Teil 2 Erinnerung an die nationalsozialistische Judenverfolgung und den Holocaust in Leipzig

Darstellungstext und Quellen ... 13

Aufgaben ... 16

Arbeitsblätter ... 17

Vorschlag zur Stundengestaltung ... 19

Erwartungshorizonte zu den Aufgaben ... 20

Erwartungshorizonte zu den Arbeitsblättern ... 21

Lehrplanbezug

Gymnasium: sächsischer Lehrplan, Fach Geschichte, Jahrgangsstufe 11/12

Kontakt: Ephraim Carlebach Stiftung Leipzig
Löhrstraße 10, 04105 Leipzig – www.carlebach-stiftung-leipzig.de

Förderer des Gesamtprojekts:
Leo Baeck Programm der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“
LeipzigStiftung
GESELLSCHAFT DER FREUNDE der Ephraim Carlebach Stiftung e.V.

© Ephraim Carlebach Stiftung, Leipzig 2015
Projektleitung: Dr. Kerstin Plowinski
Redaktion: Lina Bosbach, Dirk Haupt, Dr. Kerstin Plowinski
Autor: Dirk Haupt
Photographien: Silvia Hauptmann, Archiv
Satz und Gestaltung: grafikdesign JBWolff
Alle Rechte vorbehalten!

ERINNERUNG AN DIE NATIONAL-SOZIALISTISCHE JUDENVERFOLGUNG UND DEN HOLOCAUST IN DER DDR

Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945) und der staatlich organisierte millionenfache Völkermord an den europäischen Juden wurden nach 1945 in Ost- und Westdeutschland gesellschaftlich, politisch und historisch in unterschiedlicher Weise aufgearbeitet. Im Gegensatz zur Bundesrepublik lehnte die DDR prinzipiell die historische Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten an den europäischen Juden ab.



Erstes Pessachfest der Jüdischen Gemeinde in Leipzig nach dem 2. Weltkrieg im April 1946

Pessachfest

Jüdisches Frühlings- und Erntefest zur Erinnerung der Errettung der Juden aus der Gefangenschaft in Ägypten



ARCHIV EPHRAIM CARLEBACH STIFTUNG

Gesellschaftlicher Umgang mit der Vergangenheit – die Nachkriegssituation

Holocaust
Griechische Wortabstammung, steht für „vollständig verbrannt“, bezeichnet seit den 1960/70er-Jahren die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten

Die deutsche Bevölkerung hatte unterschiedliches Wissen über die Entrechtung und das Ausmaß der Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Wenngleich ein prinzipielles Unrechtsempfinden zum Holocaust vorhanden war, so wurde es für die Mehrzahl der Deutschen durch die Umstände des Krieges und das damit im Zusammenhang stehende eigene Leid relativiert. Die meisten Deutschen waren nicht direkt in den Holocaust verstrickt, was die Übernahmebereitschaft von kollektiver Verantwortung auch in moralischer

Sicht nicht unterstützte. Hinzu kam, dass Juden als „Fremde“ galten, die industrielle Vernichtung der jüdischen Menschen auf polnischem und weißrussischem Gebiet stattgefunden hatte, was wiederum die Zuordnung von Schuld verklärte, Distanz schuf und letztlich zur mehrheitlichen Verdrängung der Vergangenheit führte – einer weit verbreiteten „Schlussstrichmentalität“ der Deutschen.



Politisch-historischer Umgang mit der Vergangenheit

In beiden deutschen Staaten gab es einen Entnazifizierungsprozess. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der späteren DDR war dieser Prozess den Zahlen der Verurteilungen nach umfänglicher. Dennoch nahmen sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR ehemalige NS-Funktionskräfte, Mitläufer oder Anhänger bzw. Mitglieder der NSDAP erneut wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft ein. Besonders in der DDR wurde dieser Umstand aber bestritten.

Ende der 1950er-Jahre kam mit den NS-Prozessen in der Bundesrepublik ein fortdauernder Prozess der Vergangenheitsbewältigung in Gang. Die Auschwitz-Prozesse brachten Tatsachen hervor, die zuvor nicht verbreitet waren und die Aufklärung und das historische Bewusstsein der Deutschen schärften – der Gesamtkomplex der systematischen Ermordung von über sechs Millionen Juden wurde hier ins Zentrum gerückt.

In den NS-Prozessen in der DDR war der Holocaust kaum ein Thema. Die von den Nationalsozialisten so bezeichnete „Endlösung der Judenfrage“ galt nicht als zentraler Bestandteil der NS-Ideologie, zentral war vielmehr der Antikommunismus der Nationalsozialisten. Erinnerung und die historisch-politische Aufarbeitung in der DDR zielten in erster Linie auf den antifaschistischen und kommunistischen Widerstand. Eine historische Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten an den europäischen Juden und den Holocaust lehnte die DDR mit dem Hinweis auf die eigene antifaschistische Tradition ab. Stattdessen wurde ein starker Antisemitismus und Neonazismus in der Bundesrepublik angeprangert, den es in der DDR nicht gäbe.

NSDAP/NS

Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei/
Nationalsozialismus

Auschwitz-Prozesse

Gerichtsverfahren in
der Bundesrepublik
Deutschland gegen
die Täter im
nationalsozialistischen
Konzentrations-
und Vernichtungslager
Auschwitz

Vernichtungslager

Lager, in
denen bestimmte
Bevölkerungsgruppen,
Juden, Sinti und Roma
u.a. Minderheiten, durch
die Nationalsozialisten
systematisch ermordet
wurden; die Lager waren
ausschließlich zu
diesem Zweck
geschaffen worden

Wiedergutmachung und Gedenkkultur in der DDR

In der DDR gab es eine Ungleichbehandlung von NS-Opfern, die sich zum einen symbolisch bei den Gedenkorten, aber auch materiell in den Wiedergutmachungs-, Rückgabe- und Entschädigungsleistungen/Renten äußerte. Vor allem kommunistische Antifaschisten wurden durch die Ausschüsse für die „Opfer des Faschismus“ mit Lebensmittelkarten, Kleidung, Hausrat und Zuweisung von Wohnraum bedacht. Juden, Sinti und Roma oder auch Homosexuelle wurden ausgegrenzt bzw. bekamen einen zweitrangigen Opferstatus.

In offiziellen Stellungnahmen wurde zwar den über sechs Millionen ermordeten Juden gedacht, im Zentrum der Verlautbarungen stand aber die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus. Bei der Ehrung einzelner Verfolgter und antifaschistischer Widerstandskämpfer wurde deren jüdische Herkunft verschwiegen. Vereinzelt wurde jüdischen Gruppen gedacht, zum Beispiel den ermordeten Kindern des jüdischen Kinderheims in Niederschönhausen bei

Berlin oder zerstörter jüdischer Friedhöfe und Gebetshäuser.

Erst zum Ende der 1970er-Jahre änderte sich die Erinnerungskultur in der DDR erkennbar. Zum 40. Jahrestag der Pogromnacht 1938 gab es eine zunehmende gesellschaftliche Anerkennung der gesamtdeutschen Verantwortung für den Holocaust, vor allem von kirchlichen Kreisen und Schriftstellern. In verschiedenen Städten gab es ab Beginn der 1980er-Jahre Ausstellungen und schriftliche Dokumentationen, die sich mit jüdischem Leben in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten. Thematisiert wurden auch die negativen Folgen der mangelnden Geschichtsaufarbeitung in der DDR sowie neue Formen des Neonazismus und Antisemitismus. Staatliche Stellen registrierten diese Entwicklungen und starteten eigene Programme, um den Umgang mit Geschichte wieder stärker kontrollieren zu können. So sollten zum Beispiel Jugendliche jüdische Friedhöfe pflegen und auf diese Weise mehr über das Judentum lernen.

Im Jahr 1988 wurde das Gedenken an den 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ erstmals staatlich organisiert und zum Ausgangspunkt für ein „Gedenkjahr“. Die Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ wurde zur Pflege und Bewahrung jüdischen Kulturerbes errichtet. Sie sollte das Andenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, an Verfolgung und antifaschistischen Widerstand bewahren. Die mangelnde Vergangenheitsbewältigung mit dem Nationalsozialismus in der DDR ging einher mit geringen gesellschaftlichen Kenntnissen über das Judentum vor allem bei der jüngeren

Generation. Im Geschichtsunterricht und den Schulbüchern wurde der Holocaust bzw. die nationalsozialistische Judenverfolgung nur am Rande dargestellt. Erst die letzte – aber erste demokratisch gewählte – Regierung der DDR unter Lothar de Maizière 1990 bekannte sich zur Verantwortung für die NS-Judenverfolgung und den Holocaust. Dieser Schritt führte zu einer Annäherung zwischen der DDR und Israel. Die DDR folgte damit dem Vorgehen der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er- und 1960er-Jahren.



ARCHIV EPHRAIM CARLEBACH STIFTUNG

M2

Einweihung des Gedenksteins am Partheufer am 16. November 1988

M3

Aus dem „Wort der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR an die Gemeinden“ anlässlich des 40. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht vom 24. September 1978

„Auf unserem Volk liegt die Last einer großen Schuld. Diese Schuld erledigt sich nicht dadurch, dass wir sie verdrängen, verschweigen oder unsere Mitverantwortung bestreiten.“

Zit. nach Jutta Illichmann: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990. Frankfurt am Main 1997, S. 252.

M4

Beginn einer
gemeinsamen
Vortragsreihe der
Arbeitsgemeinschaft
Kirche und Judentum
und der Israelitischen
Religionsgemeinde
zu Leipzig

Zu den Referenten
gehörten die
israelitischen Gemein-
derepräsentanten von
Leipzig (Eugen Golomb)
und Dresden
(Helmut Eschwege).

38

1938 9. November 1978

Anlässlich des vierzigsten Jahrestages der „Kristallnacht“ veranstalten wir gemeinsam eine Vortragsreihe über

„Die Kristallnacht 1938 und ihre Folgen“

Wir laden Sie, Ihre Angehörigen und Freunde herzlich dazu ein.

28. ~~29.~~ September 1978
Professor Dr. Kurt Meier, Leipzig:
Die Evangelische Kirche und die Judenpolitik des „Dritten Reiches“

9. November 1978
Helmut Eschwege, Dresden:
Zerstörte deutsche Synagogen (Lichtbildervortrag)

11. Januar 1979
Eugen Gollomb, Leipzig:
Zur Unterdrückung und Vernichtung der Juden in Europa

22. Februar 1979
Dr. Stefan Schreiner, Naumburg:
Jüdische Theologie nach Auschwitz

5. April 1979
Pfarrer Günther Arndt, Lützen:
Antijüdisches in der christlichen Theologie der Gegenwart

10. Mai 1979
Pfarrer i. R. Fritz Schulz, Dresden
Kurt Gerstein und der Widerstand gegen die Judenvernichtung

Die Vortragsabende finden jeweils donnerstags, 19.30 Uhr, im Gemeindesaal der Thomas-Matthäi-Gemeinde Leipzig, Dittrichring 12, statt.

Außerdem laden wir herzlich zu einer

Gedenkstunde

am 9. November 1978, 16.30 Uhr, am gleichen Ort ein, der eine Kranzniederlegung am Gedenkstein an der Stelle der zerstörten Hauptsynagoge zu Leipzig in der Gottschedstraße folgen soll.

Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig Eugen Gollomb Vorsitzender	Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum Pfarrer S. Th. Arndt Vorsitzender
--	--

Quelle: Steffen Held, Juden in der DDR. Das Beispiel Leipzig. Lehr- und Lernmaterialien, hg. von der Ephraim Carlebach Stiftung, Leipzig 2011, S. 48

Aufgaben

1

Erklären Sie, warum die meisten Deutschen in der Nachkriegszeit nichts vom Völkermord an den Juden wissen wollten.

2

M1 zeigt ein Bild der jüdischen Gemeinde Leipzigs kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Beschreiben Sie die Situation und die Menschen, die auf dem Foto dargestellt werden. Versetzen Sie sich in deren Lage und diskutieren Sie, wie Sie als jüdische Überlebende damals gehandelt hätten.

3

Erläutern Sie, mit welcher Begründung die DDR eine Übernahme der Verantwortung für den Völkermord an den Juden ablehnte.

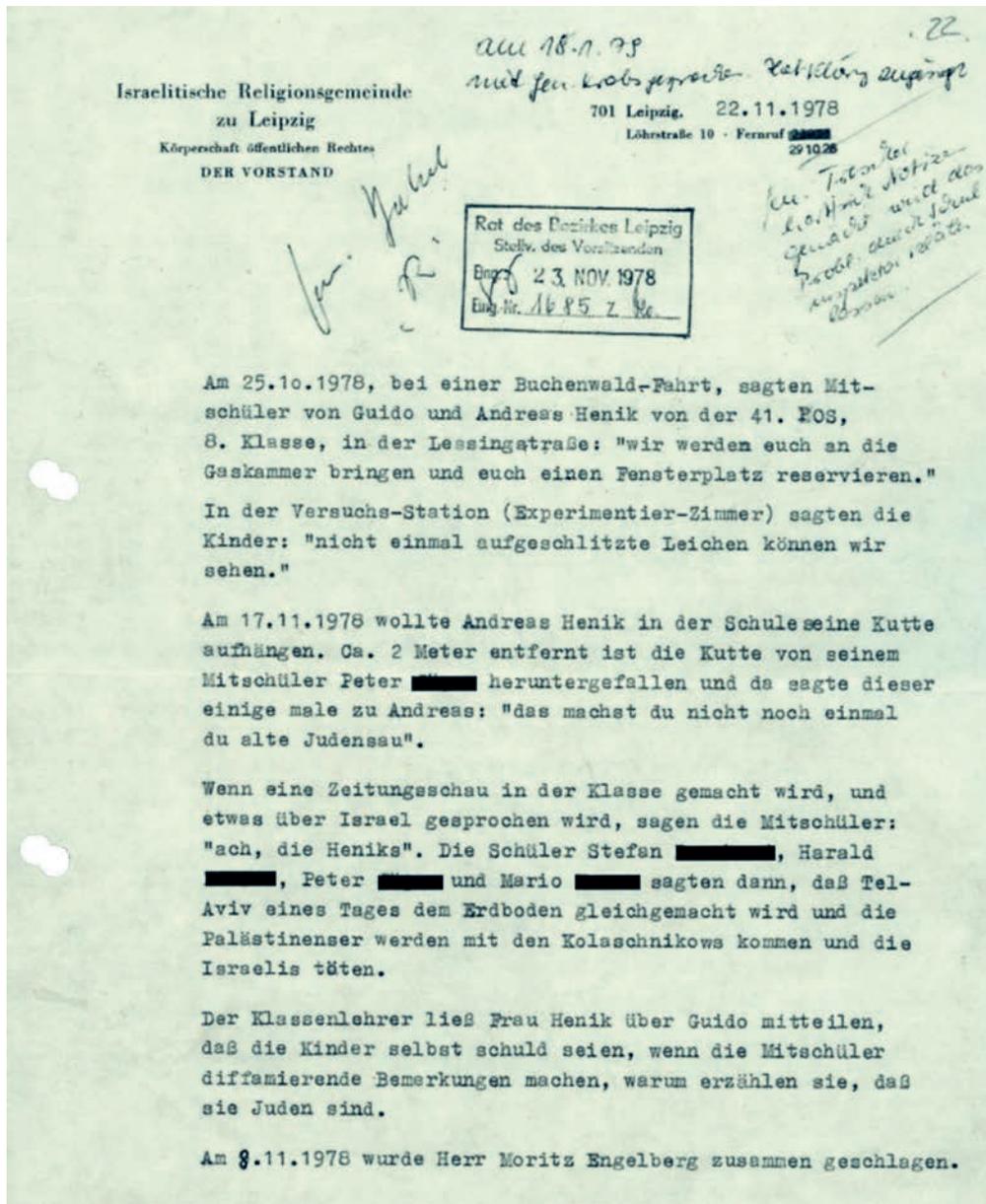
4

Fassen Sie stichpunktartig zusammen, wie sich das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in der DDR entwickelte (**M2-M4**). Begründen Sie, warum die DDR in den 1980er-Jahren ihr Vorgehen änderte und eine aktivere Erinnerung an die nationalsozialistische Judenverfolgung betrieb.

Arbeitsblatt: Antisemitismus in der DDR



Antisemitismus
unter Oberschülern
in Leipzig 1978



Quelle: Steffen Held, Juden in der DDR. Das Beispiel Leipzig. Lehr- und Lernmaterialien, hg. von der Ephraim Carlebach Stiftung, Leipzig 2011, S. 47

- 1 Fassen Sie den Inhalt des Briefes zusammen.
- 2 Bewerten Sie die Äußerung des Klassenlehrers, wonach die Kinder selbst Schuld an den Verunglimpfungen hätten, da sie sich doch selbst als Juden zu erkennen geben würden.
- 3 Beurteilen Sie, worauf diese Formen des Antisemitismus zurückzuführen sind. Berücksichtigen Sie dabei, dass in den offiziellen Darstellungen der SED die DDR stets als antifaschistischer Staat dargestellt wurde, in dem es im Gegensatz zur Bundesrepublik weder Neonazismus, Rassismus noch Antisemitismus gäbe.



Vorschlag zur Stundengestaltung (Doppelstunde)

SCHWERPUNKT ► Die Schülerinnen und Schüler lernen, wie in der DDR mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Judenverfolgung und dem Holocaust gesellschaftlich, historisch und politisch umgegangen wurde.

Einstieg

Kurzer Lehrervortrag anhand des Einleitungstextes. Im Unterrichtsgespräch können mögliche Hypothesenbildungen zu den Gründen der Ablehnung der Verantwortung der DDR für die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden geäußert werden.

Erarbeitung 1

Die Schülerinnen und Schüler betrachten das Foto **M1** und lesen in Einzelarbeit den Abschnitt 1 zum gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland.

Sicherung 1

Einzelarbeit zur Frage, warum die meisten Deutschen in der Nachkriegszeit nichts vom Völkermord an den Juden wissen wollten (Aufgabe 1). Im Anschluss findet eine kurze Auswertung im Unterrichtsgespräch statt (siehe auch Differenzierung).

Erarbeitung 2

Im Folgenden sollen der politisch-historische Umgang mit der Vergangenheit erarbeitet werden. Die Schülerinnen und Schüler lesen in Einzelarbeit den Abschnitt 2 des Autorentextes.

Sicherung 2

Die Schülerinnen und Schüler machen sich Kurznotizen. Zusammenfassende Auswertung im Unterrichtsgespräch und Rückgriff auf die Hypothesenbildung aus dem Stunden-Einstieg.

Erarbeitung 3

Die Schülerinnen und Schüler bearbeiten selbstständig die Aufgabe 4.

Sicherung 3

Die Ergebnisse werden mit dem Partner/ der Partnerin besprochen, ggf. ergänzt und im Unterrichtsgespräch zusammengetragen (siehe auch Differenzierung unten).

Differenzierung

➤ Zur Sicherung 1 kann differenzierend für schnellere Schülerinnen und Schüler zusätzlich die Aufgabe 2 gegeben werden. Bei Sicherung 3 könnten leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler zusätzlich **M2** bis **M4** miterarbeiten bzw. auswerten und in das Unterrichtsgespräch einfließen lassen.
➤ Bei einigen Aufgaben und Textabschnitten finden sich bestimmte Fachbegriffe. Die Lehrkraft sollte auf die Begriffserklärung in der Randspalte verweisen und ggf. weitere Hilfestellungen geben.

Lehrplanbezug

Thema: Erinnerung in der DDR an die nationalsozialistische Judenverfolgung

Gymnasium: sächsischer Lehrplan, Fach Geschichte, Jahrgangsstufe 11/12, Wahlpflicht 3:

Formen von Geschichtskultur – Rezeptionsgeschichte am Beispiel des Zweiten Weltkriegs

Lerninhalt: Aufarbeitung des NS-Unrechts nach 1945: Umgang mit dem Gedenken an die Judenverfolgung

Erwartungshorizonte zu den Aufgaben

1

Die meisten Deutschen wollten in der Nachkriegszeit nichts vom Völkermord an den Juden wissen, da die Umstände des Krieges und das damit im Zusammenhang stehende eigene Leid im Vordergrund standen. Eine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung bestand in moralischer Hinsicht nicht. Juden galten als „Fremde“, die industrielle Vernichtung der jüdischen Menschen hatte auf polnischem und weißrussischem Gebiet stattgefunden, was wiederum die Zuordnung von Schuld verklärte, Distanz schuf und letztlich zur mehrheitlichen Verdrängung der Vergangenheit führte – einer weit verbreiteten „Schlussstrichmentalität“ der Deutschen.

2

M1 zeigt ein Bild der Jüdischen Gemeinde Leipzigs kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gesichter und Mienen sind ernst und nachdenklich. Der Schock über die Geschehnisse der vergangenen Jahre saß tief. Die meisten der abgebildeten Menschen werden den überwiegenden Teil der eigenen Familie, ihrer Freunde und Kollegen im Holocaust verloren haben. Es ist deshalb als sehr beachtlich anzusehen, dass es Menschen jüdischen Glaubens gab, die nach diesen Erfahrungen des Völkermords an den Juden im „Land der Täter“ blieben, sich versuchten in der Gesellschaft neu zu finden und ihr Leben neu aufzubauen. Viele überlebende Jüdinnen und Juden verließen Deutschland nach dem Krieg für immer.

3

Eine historische Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten an den europäischen Juden und den Holocaust lehnte die DDR mit dem Hinweis auf die eigene antifaschistische Tradition ab. Nach der eigenen Auslegung gab es in der DDR keine ehemaligen Nationalsozialisten, die etwa in führender politischer oder gesellschaftlicher Position gewesen wären. Menschen, die sich während der Zeit des Nationalsozialismus etwas hatten zu Schulden kommen lassen, galten als abgeurteilt. Die „Täter“ lokalisierte man in der Bundesrepublik, dort oftmals immer noch in einflussreichen politischen und gesellschaftlichen Positionen. Insofern verwies man im Hinblick auf die Verantwortungsübernahme für den Völkermord an den Juden in den westlichen Teil Deutschlands.

4

- Ungleichbehandlung von NS-Opfern in der DDR, die sich zum einen symbolisch bei den Gedenkorten, aber auch materiell in den Wiedergutmachungs-, Rückgabe- und Entschädigungsleistungen/Renten äußerte
- im Zentrum staatlichen Gedenkens stand die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus durch antifaschistische Widerstandskämpfer, nur vereinzelt andere Opfergruppen des Nationalsozialismus
- Ende der 1970er-Jahre zunehmende gesellschaftliche Anerkennung der deutschen Verantwortung für den Holocaust, vor allem von kirchlichen Kreisen und Schriftstellern

- mit Beginn der 1980er-Jahre Ausstellungen und schriftliche Dokumentationen, die sich mit jüdischem Leben in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten
- zunehmend gesellschaftliche Kritik an den negativen Folgen der mangelnden Geschichtsaufarbeitung in der DDR sowie neuen Formen des Neonazismus und Antisemitismus
- staatliche Reaktion durch eigene Programme, um den Umgang mit Geschichte wieder stärker kontrollieren zu können (Friedhofspflege durch Jugendliche, staatlich organisiertes Gedenkjahr zum 50. Jahrestages des Judenpogroms 1938)
- Regierung der DDR unter Lothar de Maizière 1990 bekannte sich erstmals zur Verantwortung für die NS-Judenverfolgung und den Holocaust

Erwartungshorizonte zum Arbeitsblatt: Antisemitismus in der DDR

1

Zusammenfassung des Briefinhalts:

- Der Brief der Israelitischen Religionsgemeinde in Leipzig an den Rat der Stadt berichtet von konkreten antisemitischen Ausfällen von Schülern in der DDR 1978.
- So wurde u.a. auf der Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald, eines ehemaligen Konzentrationslagers, durch Mitschüler zweier jüdischer Jugendlicher geäußert, dass sie diese in die „Gaskammer“ bringen werden. Darüber hinaus wurden abfällige Bemerkungen in der Gedenkstätte selbst geäußert.
- Ferner gab es Beschimpfungen gegen diese jüdischen Mitschüler wie „du alte Judensau“.
- Außerdem wurden Ressentiments gegen den jüdischen Staat Israel geäußert, der dem „Erdboden gleichgemacht“ werden sollte.
- Die Lehrkraft machte den Eltern deutlich, dass die Kinder selbst Schuld am Verhalten ihrer Mitschüler seien, wenn sie doch selber äußerten, dass sie Juden seien.
- Außerdem wird am Ende des Briefes von einem Moritz Engelberg berichtet, der zusammengeschlagen worden sei.

2

Die Äußerungen des Klassenlehrers zur eigenen Schuld der Kinder aufgrund der Angabe ihres Jüdischseins belegt, dass er selbst weder Mitgefühl noch historisches Bewusstsein hat. Die Aussage selbst ist als antisemitisch zu bewerten. Nicht die Verunglimpfungen stellen ein Problem für den Lehrer dar, sondern die Existenz von Menschen jüdischen Glaubens, die dies auch noch zum Ausdruck bringen.

3

Antisemitismus ist ein grundlegendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, das eine lange bis ins Mittelalter reichende negative Tradition hat. Der Rassenwahn der Nationalsozialisten hatte die gesellschaftlichen Vorbehalte gegen Juden weiter verstärkt und in die Köpfe eingebrannt. Auch in der späteren DDR gab es folglich Antisemitismus – unabhängig von der Frage, welches politische System dort bestand. Dass die SED sich und die DDR als das bessere Deutschland ohne Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus darstellte, war allein auf die herrschende Ideologie zurückzuführen, hatte aber mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts zu tun – wie der Brief ja auch belegt.

ERINNERUNG AN DIE NATIONAL-SOZIALISTISCHE JUDENVERFOLGUNG UND DEN HOLOCAUST IN LEIPZIG

Leipzig hatte im Jahr 1933 die sechstgrößte jüdische Gemeinde Deutschlands. 11 564 Jüdinnen und Juden lebten damals in der Stadt, wobei unter die Nürnberger Rassengesetze rund 15 000 Menschen fielen. Im Jahr 1939 lebten noch etwa 5 800 Juden in der Stadt, 1941 noch ca. 2 000. Zwischen 1942 und 1945 wurden fast alle dieser letzten Leipziger Juden in Vernichtungslager deportiert, von ihnen überlebten etwa 220 den Holocaust. Auf der letzten Deportationsliste 1945 standen 24 Leipziger Jüdinnen und Juden – zum Abtransport kam es jedoch nicht mehr.

M1

Gedenkstein in der Leipziger Gottschedstraße für die ermordeten Juden in der Stadt Leipzig

Nürnberger Rassengesetze

„Gesetzliche“ Regelungen zum Verhältnis von Juden und Nichtjuden bzw. juristische Grundlage für die Verfolgung und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung Deutschlands; Menschen jüdischen Glaubens wurden zu Menschen minderen Rechts (Juden hatten keine politischen Rechte, durften keine Nichtjuden ehelichen usw.)



© SILVIA HAUPTMANN, LEIPZIG

„Opfer des Faschismus“ und ihre Anerkennung in der DDR

Kurz nach Kriegsende wurde in der Leipziger Stadtverwaltung die „Kommunalabteilung Opfer des Faschismus“ gegründet, wobei der jeweilige Verfolgtenstatus in „Kämpfer gegen den Faschismus“ und „Opfer des Faschismus“ unterteilt wurde. Die erste Gruppe der „Kämpfer“, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, erhielt eine

höhere materielle Unterstützung – zum Beispiel in Form von Renten, Wohnraum, Studienbeihilfen für Kinder – als die letztgenannte, in die Jüdinnen und Juden als Rassenverfolgte mehrheitlich eingeteilt wurden.

In der DDR wurden jüdische Vermögenswerte, die während der Zeit des Nationalsozialismus eingezogen und nun in sozialistisches Volkseigentum überführt worden waren, von einer Rückgabe an ihre Besitzer ausgeschlossen. Den jüdischen Gemeinden wurden vor allem ihre Gemeindehäuser, Friedhöfe und Grundstücke von zerstörten Synagogen übertragen, so auch in Leipzig. Diese Behandlung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger in der direkten Nachkriegszeit, ihre Einordnung als Opfer „zweiter Klasse“, waren die direkten Vorzeichen für die Art des Umgangs mit dem Gedenken an diese Opfergruppe in den späteren Jahren der DDR.

Gedenken an die jüdischen Opfer des NS-Regimes in Leipzig

Bereits am Anfang des Jahres 1946 hatte die jüdische Gemeinde Leipzigs einen öffentlichen Aufruf für die Errichtung eines Denkmals für die Leipziger jüdischen Opfer gefordert. Während die Planungen seitens der jüdischen Gemeinde vorangingen, war die Umsetzung beim Bau sehr schwierig – es fehlten Material und geeignete Transportmittel. 1948 wurde dann ein Bau



weiterer Denkmäler für die Opfer des Faschismus durch staatliche Stellen bis auf Weiteres untersagt. Erst im Mai 1951 konnte das Denkmal auf dem Neuen Israelitischen Friedhof eingeweiht werden. Den überwiegenden Teil der Kosten übernahm die Stadt Leipzig.

Im November 1966 wurde auf Antrag der jüdischen Gemeinde Leipzigs ein weiterer Gedenkstein am Standort der 1938 zerstörten Hauptsynagoge in der Leipziger Gottschedstraße eingeweiht. Die SED instrumentalisierte die Einweihung des Denkmals für ihre politischen Zwecke. So wurde eine Massenveranstaltung mit 2 000 Menschen inszeniert, bei der das Orchester der Volkspolizei den musikalischen Rahmen schuf (siehe **M2**). In den Staatsmedien wurde das Denkmal als Zeichen der Vergangenheitsbewältigung überschwänglich gefeiert, wobei durch die jüdische Gemeinde angeregte weitere Erinnerungsorte abgelehnt wurden.

Vor allem die Evangelische Kirche hinterfragte in dieser Zeit die Erinnerungspolitik in der DDR bezüglich der Judenverfolgung und des Holocausts. Bereits ab 1967 führte sie regelmäßig Gedenkgottesdienste durch. 1987 wurde durch die Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Leipzig und den Ökumenischen Arbeitskreis

der christlichen Gemeinden Leipzigs ein weiterer Gedenkstein finanziert und errichtet, der an die Stelle erinnern sollte, an der am 10. November 1938 Jüdinnen und Juden misshandelt und in das trockene Flussbett der Parthe hineingetrieben worden waren.

Mit der zunehmenden gesellschaftlichen Kritik an der staatlichen Vergangenheitsbewältigung entschloss sich die DDR, dem 50. Jahrestag des Pogroms an den Juden 1938 staatlich zu gedenken. Auch in Leipzig sollte dieses Gedenken sichtbar werden, sodass man auf dem Grundstück der ehemaligen Höheren Israelitischen Schule in der Gustav-Adolf-Straße 7, die während der Zeit des Nationalsozialismus als sogenanntes „Judenhaus“ missbraucht worden war, eine Gedenktafel anbrachte. Darüber hinaus wurde vom Rat der Stadt Leipzig im sogenannten Kroch-Hochhaus, dem Ausstellungszentrum der Karl-Marx-Universität Leipzig, eine sehr ausführliche Dokumentation zu den damaligen Pogrom-Ereignissen gezeigt. Die Ausstellung erinnerte erstmals öffentlich an jüdisches Leben vor 1933 in Leipzig. Herausgehoben wurden dabei die Bedeutung der jüdischen Gemeinde seit dem Spätmittelalter und ihre Präsenz in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

„Judenhaus“

Bezeichnung im nationalsozialistischen Deutschland für Wohnhäuser aus jüdischem Eigentum in die jüdische Mieter zwangsweise eingewiesen wurden, Ziel war die Isolierung der jüdischen von der nicht-jüdischen Bevölkerung

M2

Einweihung des von der Leipziger Stadtverwaltung finanzierten Gedenksteins für die ermordeten Leipziger Juden am 10. November 1966



QUELLE: STEFFEN HELD: JUDEN IN DER DDR, DAS BEISPIEL LEIPZIG, S. 44

Gedenken in der Zeit der „Friedlichen Revolution“ in Leipzig

Zum Ende der DDR und durch bürgerliche Reformkräfte wie das „Neue Forum“ initiiert, bekam das Erinnern an die Verbrechen der Nationalsozialisten und den Völkermord an den Juden einen neuen Schub. So fand am 9. November 1989 ein Schweigemarsch anlässlich des „51. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht

und gegen Rechtsradikalismus in der DDR“ statt. Nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche führt er durch die Innenstadt zum Gedenkstein der ermordeten Juden Leipzigs. Tausende Leipziger erinnerten mit Kerzen, ohne Plakate, in aller Stille. In der Leipziger Stadtgeschichte gilt dieser Tag des Gedenkens als einmaliger Vorgang der Anteilnahme am Schicksal der europäischen Juden.

Neues Forum

Eine der Bürgerbewegungen in der Wendezeit der DDR



Vom Neuen Forum initiiertes Gedenken an den Novemberpogrom 1938 am Gedenkstein in der Gottschedstraße am 9. November 1989



© VOLKMAR HEINZ – QUELLE: STEFFEN HEILD: EBD., S. 55

Aufgaben

1

Fassen Sie das Schicksal der Juden Leipzigs in der Zeit zwischen 1933 und 1945 zusammen.

2

Beschreiben Sie, wie die jüdischen Opfer der Nationalsozialisten in der DDR öffentlich dargestellt wurden und in welchem Rahmen ihrer gedacht wurde.

3

Im Autorentext wird von einer Instrumentalisierung des Gedenkens an den Holocaust durch die DDR gesprochen. Diskutieren Sie in der Klasse mögliche Gründe für dieses Vorgehen.

4

Charakterisieren Sie in kurzen Stichpunkten das staatliche und gesellschaftliche Gedenken an den Holocaust in der DDR und gehen Sie dabei insbesondere auf die Zeit der „Friedlichen Revolution“ ein.

Arbeitsblatt 1: Flucht aus Leipzig



Schreiben von
Josef Ardel über
seine Flucht
aus Leipzig
und den hier
zurückgelassenen
Besitz

Frankfurt am Main am 29. Juni 1953

An den Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig

Sehr geehrte Herren!

Durch Rundfunk und heutige Tageszeitungen wird, zur Sicherung von Flüchtlingseigentum in der Sowjetzone, allen Ostflüchtlingen, sowie Bewohnern der Bundesrepublik und Westberlin, die Eigentum in der Sowjetzone haben, angeraten, sofort Vertrauenspersonen, die in der Zone leben, zu bevollmächtigen, sich um die zurückgelassenen Vermögenswerte zu kümmern. Dies gelte nicht nur für Betriebe, Grundbesitz, sondern auch für Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände etc.

Die Vollmachten seien den Räten der Kreise, Abteilung staatliches Eigentum, vorzulegen. Zugleich könne die Abberufung von zwangsweise eingesetzten Treuhändern und Übergabe an eigene, verlangt werden. Ich begrüße diesen Schritt der Zonenregierung als großen Fortschritt auf dem Wege der Vereinigung Deutschlands in Frieden.

Es wird Ihnen bekannt sein, dass ich sowie meine Kinder uns nie etwas zuschulden kommen ließen und niemals gegen die Gesetze der D.D.R. gehandelt haben.

Unsere Flucht erfolgte nur, weil wir am 22.1.53 einen tel. Anruf erhielten, uns sofort nach dem Westen abzusetzen, da wir auf der Liste der zu Verhaftenden ständen. Der Anrufer weigerte sich seinen Namen zu nennen. Da wir jahrelangen Druck in Hitlerdeutschland, Bedrängnis K.Z. etc. hinter uns hatten, natürlich schuldlos, nur weil wir Juden sind, nahmen wir diese Warnung ernst, und hätten auch eine Inhaftierung nicht überlebt. Sie, meine Herren, kennen uns seit vielen Jahren, wohnte ich doch seit 1888 in Leipzig, mit Ausnahme der K.Z. Jahre 1942-44, einschl. Emigration, die unfreiwillig war.

Ich habe in Leipzig in meinem Hause Pölitzstr. 27 eine sehr gut eingerichtete 5 1/2 Zimmerwohnung zurücklassen müssen, mein Bankkonto bei der Stadtsparkasse, die Grundstücke Pölitzstr. 27, Eisenacher Str. 65 und Wettiner Str. 20, die mein unantastbares Eigentum sind und mir bis zur Zeit der Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsgesetze in eigene Verwaltung und Nutzung übergeben wurden, meine Altersrente von D.M. 530,- mon. und Hinterbliebenenrente, da meine Frau 1943 im K.Z. verhungert ist.

Jeder vernünftige Mensch wird es begreiflich finden, dass ein Mann von jetzt 77 Jahren nicht ohne ernstesten Grund sein Heim verlässt, und der war gegeben, da wir uns in Gefahr befanden.

Wir kehren gerne in unsere Heimat zurück, wenn Deutschland wieder vereint wird. Diesen Wunsch der Vereinigung wünscht jeder Deutsche in Ost und West und alle hoffen, daß dieser Tag nicht mehr fern ist.

Falls Sie meine Herren nicht die Treuhänderschaft übernehmen können, bitte ich Sie, mir einen vertrauenswürdigen Herrn namhaft zu machen, der, natürlich gegen das übliche Honorar, meine Interessen als Treuhänder wahrnimmt und auch befähigt ist, die vorgenannten Grundstücke bis zu meiner Heimkehr zu verwalten. Momentan bin ich krank, eine Folge der Aufregungen letzter Monate.

Ich bitte Sie herzlichst, dieses Schreiben der Behörde vorzulegen, auch der V.d.N. damit sie nochmals den Grund unserer Abreise erfahren. Anfang Febr. 53 habe ich aus Berlin der Vermögensverwaltung sequ. Vermögen, Neues Rathaus, meine Gründe dargelegt und bin ohne Entgegnung geblieben.

Schulden, auch an Steuern, habe ich nicht hinterlassen. Ich danke Ihnen, meine Herren recht herzlich für Ihre Bemühung schon im Voraus.

Mit besten Grüßen bin ich

Ihr ergebener

Josef Ardel

Quelle: Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 307 (o.Bl.).

- 1 Fassen Sie das Anliegen von Josef Ardel an die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig zusammen.
- 2 Erklären Sie, weshalb Josef Ardel diesen Brief verfasst hat und was seine Befürchtungen sind.
- 3 Diskutieren Sie in der Klasse mögliche Gründe für die angekündigte Verhaftung Josef Ardels. Beurteilen Sie anschließend, ob eine Flucht aus der DDR ein hinreichender Grund dafür ist, dass das Eigentum von Josef Ardel zu Staatseigentum werden kann.



Arbeitsblatt 2: Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus

M5



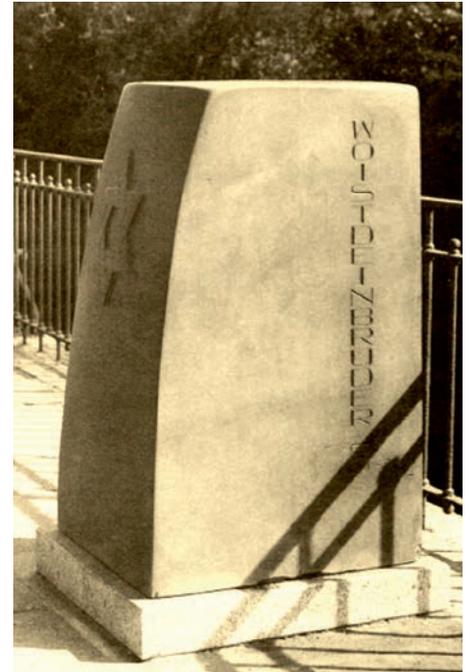
© SILVIA HAUPTMANN, LEIPZIG (1,2)

Gedenktafel am Gebäude der ehemaligen Höheren Israelitischen Schule in der Gustav-Adolf-Straße 7 in Leipzig, angebracht vom Rat der Stadt Leipzig 1988

M6



Gedenkstein für Leipziger Juden in der Leipziger Parthestraße, errichtet von der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Leipzig und dem Ökumenischen Arbeitskreis der christlichen Gemeinden Leipzigs 1988



QUELLE: JUDEN IN LEIPZIG. EINE DOKUMENTATION, LEIPZIG 1988

Auf den Abbildungen sehen Sie zwei Gedenkmale in Leipzig, die anlässlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht im Jahr 1988 eingeweiht wurden.

Versetzen Sie sich in die Rolle eines Journalisten und erarbeiten Sie eine schriftliche Reportage zur Würdigung des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht in der DDR am Beispiel von Leipzig – ausgehend von der jeweiligen Hintergrundgeschichte der beiden Denkmale.

Recherchieren Sie dazu auch im Internet und gehen Sie auf die Veränderungen in der Erinnerungskultur der DDR ein.

Vorschlag zur Stundengestaltung (Doppelstunde)

SCHWERPUNKT ► Die Schülerinnen und Schüler lernen, wie in Leipzig mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Judenverfolgung und den Holocaust gesellschaftlich, historisch und politisch umgegangen wurde.

Einstieg

Kurzer Lehrervortrag anhand des Einleitungstextes zum Schicksal und den Opferzahlen der Leipziger Juden während der nationalsozialistischen Diktatur 1933 bis 1945. Betrachtung des Fotos **M1** und lautes Vorlesen des Textes auf dem Gedenkstein mit Verweis auf die Stundenthematik.

Erarbeitung 1

Die Schülerinnen und Schüler lesen in Einzelarbeit den Abschnitt 1 zur Anerkennung der „Opfer des Faschismus“ und dem zuerkannten Verfolgtenstatus der Juden. Im Anschluss wird die Aufgabe 2 in Einzelarbeit gelöst (siehe Differenzierung).

Sicherung 1

Auswertung der Aufgabe 2 (und ggf. 1) im Unterrichtsgespräch.

Erarbeitung 2

Im Folgenden soll das Gedenken der jüdischen Opfer des NS-Regimes in Leipzig im Mittelpunkt stehen. Die Schülerinnen und Schüler lesen in Einzelarbeit Abschnitt 2 des Autorentextes und werten das Foto **M2** aus.

Sicherung 2

Die Schülerinnen und Schüler machen sich Notizen. Zusammenfassende Auswertung im Unterrichtsgespräch und gemeinsame Lösung der Aufgabe 3. Die Schülerinnen und Schüler machen sich Notizen. Zusammenfassende Auswertung im Unterrichtsgespräch und gemeinsame Lösung der Aufgabe 3.

Erarbeitung 3

Die Schülerinnen und Schüler lesen den dritten Abschnitt des Autorentextes und werten das Foto **M3** aus. Lösen der Aufgabe 4 in Partnerarbeit.

Sicherung 3

Die Ergebnisse werden mit dem Partner/der Partnerin besprochen, ggf. ergänzt und im Unterrichtsgespräch zusammengetragen (siehe auch Differenzierung unten).

Differenzierung

➤ Zur Erarbeitung 1 kann differenzierend für schnellere Schülerinnen und Schüler zusätzlich die Aufgabe 1 gegeben werden. Vertiefend und differenzierend kann das Arbeitsblatt „Flucht aus Leipzig“ eingesetzt werden.

➤ Bei einigen Aufgaben und Textabschnitten finden sich bestimmte Fachbegriffe. Die Lehrkraft sollte auf die Begriffserklärung in der Randspalte verweisen und ggf. weitere Hilfestellungen geben.

Lehrplanbezug

siehe Teil 1, S. 9

Erwartungshorizonte zu den Aufgaben

1

Zusammenfassung des Schicksals der Leipziger Juden zwischen 1933 und 1945:

- Nahezu die gesamte jüdische Gemeinde Leipzigs fiel dem Holocaust zum Opfer oder wurde vertrieben und emigrierte.
- Wenige Hundert Leipziger Juden überlebten den Holocaust bzw. die Vernichtungslager.

2 / 3

- Überlebende jüdische Opfer des Nationalsozialismus galten nicht als „Kämpfer gegen den Faschismus“, sondern ausschließlich als „Opfer des Faschismus“. Die erste Gruppe, zu der v. a. nichtjüdische Sozialdemokraten und Kommunisten gehörten, erhielt eine höhere materielle Unterstützung als die zweitgenannte Gruppe, in die „Rasseverfolgte“ mehrheitlich eingeordnet wurden. Jüdische Vermögenswerte, die während der Zeit des Nationalsozialismus eingezogen und nun in sozialistisches Volkseigentum überführt worden waren, wurden von einer Rückgabe an ihre Besitzer ausgeschlossen.
- Das Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus fand in der DDR auf staatliche Initiative hin so gut wie nicht statt. Zögerlich beteiligte man sich allerdings finanziell an verschiedensten Gedenkstätten. Im Vordergrund stand dabei aber v. a. das Gedenken der kommunistischen Kämpfer gegen den Faschismus, was man für die eigenen Zwecke und die Darstellung der antifaschistischen Tradition (M2) instrumentalisierte. V. a. die Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen sowie die jüdischen Gemeinden hielten das Andenken an die Opfer des Holocaust aufrecht. Erst zum Ende der DDR veränderte sich die Erinnerungskultur von staatlicher Seite aufgrund gesellschaftlichen Drucks.

4

Staatliches Gedenken an den Holocaust

- Einteilung in Opfergruppen, Juden und andere rassistisch Verfolgte als Opfer „zweiter Klasse“
- kaum materielle Wiedergutmachung
- so gut wie keine Erinnerungskultur im Hinblick auf den Holocaust, erst am Ende der DDR entwickelte sich zögerlich eine Gedenkkultur

Gesellschaftliches Gedenken an den Holocaust

- v. a. durch kirchliche Gruppen, die jüdischen Gemeinden
- insbesondere zum Ende der DDR bekam das Gedenken an die Verbrechen der Nationalsozialisten und den Völkermord an den Juden einen neuen Schub
- Reformgruppen initiierten Gedenkveranstaltungen, an denen viele Menschen öffentlich teilnahmen

Erwartungshorizonte zum Arbeitsblatt 1: Flucht aus Leipzig

1

Anliegen von Josef Ardel an die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig

- Er äußert die Bitte an die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig, sich um den zurückgelassenen Besitz zu kümmern – im Einzelnen: 5½-Zimmer-Wohnung, Bankkonto bei der Stadtparkasse, die Grundstücke Pölitzstraße 27, Eisenacher Straße 65 und Wettiner Straße 20, eine Altersrente in Höhe von 530 DM monatlich und eine Hinterbliebenenrente in unbekannter Höhe.
- Falls die jüdische Gemeinde diese Treuhänderschaft nicht übernehmen könne, bittet er, eine geeignete Person zu finden, die sich seinem Anliegen bzw. seiner Interessenvertretung annimmt.
- Ferner soll dieses Schreiben einer Behörde bzw. der VDN (Organisation „Verfolgte des Naziregimes“) vorgelegt werden, damit diese den Grund der Flucht erfahren.

2

Grund des Briefes von Josef Ardel

- Offizielle Verlautbarungen in den Medien halten Flüchtlinge aus der DDR dazu an, Vertrauenspersonen zu bevollmächtigen, sich um zurückgelassene Vermögenswerte zu kümmern.

Befürchtungen von Josef Ardel

- Seine Flucht und das Zurücklassen der familiären Vermögenswerte geschah unfreiwillig.
- Josef Ardel befürchtet, dass er ohne eine Vertrauensperson, die sich um seinen zurückgelassenen Besitz kümmert, den Anspruch darauf verliert und alles in Staatseigentum der DDR übergeht.

3

Mögliche Gründe für die angekündigte Verhaftung Josef Ardels:

- Die Drohung seiner Verhaftung, die ihm anonym zukam, lässt den Schluss zu, dass man die Familie vorsätzlich zur Flucht drängt, um ihn aus dem Land zu vertreiben. Dies geht zwar nicht direkt aus dem Brief hervor, kann aber dem beschriebenen Kontext so entnommen werden.
- In der Beurteilung können Schülerinnen und Schüler einen Gegenwartsbezug herstellen, indem sie die Frage aufgreifen, welchen Stellenwert Eigentum und die Freiheit der Person in unserer heutigen Gesellschaft hat (Bezug Grundgesetz). Außerdem kann die Frage der Flucht vor dem DDR-Staat bzw. der inhärente Unrechtscharakter aufgegriffen werden. Hätte Josef Ardel Vertrauen in ein bestehendes demokratisches Rechtssystem haben können, hätte er nicht fliehen müssen.

***Erwartungshorizonte zum Arbeitsblatt 2:
Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus***

Aufbauend auf den vermittelten Grundinformationen dieses Moduls werden individuelle Lösungsansätze durch die Schülerinnen und Schüler erwartet.